



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr,
Energie und Kommunikation UVEK

Bundesamt für Umwelt BAFU

Referenz: BAFU-A-14643401/23
Aktenzeichen: BAFU-042.131-00-60429/1/4/2

Verfügung

vom 09. Juni 2020

betreffend	Zusicherung der Entschädigung der voraussichtlich anrechenbaren Kosten von Sanierungsmassnahmen nach Artikel 34 des Energiegesetzes vom 30. September 2016 (EnG, SR. 730.0) in Verbindung mit Artikel 30 Absatz 2 der Energieverordnung vom 1. November 2017 (EnV, SR 730.01)
Verfügungsadressatin (Gesuchstellerin resp. Inhaber der sanierungs- pflichtigen Wasserkraft- anlage)	St.Gallisch-Appenzellische Kraftwerke AG Vadianstrasse 50 Postfach 2041 9001 St.Gallen (nachfolgend Gesuchstellerin)
Verfügungsnummer	2027XXXXXX (zwingend bei künftiger Korrespondenz, z.B. Anträge auf Teil- oder Schlusszahlungen, anführen)
Gesuch vom	XX. Monat 20XX
Name des Kraftwerks	Name des Kraftwerks (WASTA Nr. 000'000)
Sanierungsmassnahme	kurze textliche Beschreibung des beantragen Projektes
Art der Massnahme	baulich / betrieblich / wiederkehrende / sonstiges (z.B. Vorstudie, Projektierung etc.)
Sanierungsbereich	Sanierung Fischgängigkeit gemäss Artikel 10 i.V.m. Artikel 9 Absatz 1 des Bundesgesetzes über die Fischerei vom 21. Juni 1991 (BGF, SR 923.0) Sanierung Geschiebehaushalt gemäss Artikel 83a i.V.m Artikel 43a des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer vom 24. Januar 1991 (GSchG, SR 814.20) Sanierung Schwall-Sunk gemäss Artikel 83a i.V.m. Artikel 39a des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer vom 24. Januar 1991 (GSchG, SR 814.20)
Art des Gesuchs	Gesamtkosten (Projektierung, Umsetzung Massnahme und Wirkungskontrolle) / Kosten der Projektierungsphase / Kosten aus Umsetzung der Massnahme / Kosten der Wirkungskontrolle / Mehrkosten

Kommentiert [BMA1]: 1.1 Briefvorlage Direktion verwenden, wenn Brief von Direktionsmitglied unterschrieben werden muss (SCF oder CHM)

1.2 [Brief BAFU Direktion DE](#)

[Brief BAFU Direktion FR](#)

[Brief BAFU Direktion IT](#)

1.3

1.4 **Unterschriftenregelung:** Für sämtliche Verträge gilt die Doppelunterschrift. Neben dem/r ProjektleiterIn (2. Unterschrift) gelten folgende Kompetenzgrenzen (1. Unterschrift):

a) **Abteilungsleiter/in** bis max. CHF 100'000
1.5b) Mitglied der Direktion (**VizedirektorIn**) bis max. CHF 229'999

c) Direktor ab CHF 230'000 (ab WTO-Schwelle)

Kommentiert [BMA2]: Farbcode:

- Textbausteine SanF-spezifisch
- Textbausteine SanG-spezifisch
- Textbausteine SanS-spezifisch
- Textbausteine spezifisch für konkretes Gesuch / Sanierungsmassnahme

Kommentiert [BMA3]: wenn Unterlieger betroffen (zB wenn Kraftwerk flussab durch Massnahmen ebenfalls Erlöse einbussen hat) ist dieser von Amtes wegen als Nebenpartei in das Verfahren einbezogen werden => in der Verfügung neben dem Hauptadressat aufzuführen mit dem Zusatz „Beigeladene“

Den Beigeladenen ist die Verfügung sowohl zum rechtlichen Gehör wie auch zur Eröffnung der Zusicherungsverfügung gleichzeitig wie dem Hauptadressat zuzustellen



BAFU-A-14643401/23

Das Bundesamt für Umwelt (BAFU)

I. hält fest:

Situation beschreiben, insbesondere zu wesentlicher Beeinträchtigung, hinsichtlich Konzession, Ort und betroffenes Gewässer, zu sanierende Anlage.

Das Sanierungsprojekt sieht als Massnahme zum Schutz der Lebensräume der Wassertiere / zur Beseitigung der wesentlichen Beeinträchtigung / zur Beseitigung der wesentlichen Beeinträchtigung im Bereich Sanierung Fischgängigkeit/ Sanierung Geschiebehaut / Sanierung Schwall-Sunk [kurzer Beschrieb der Massnahme] vor.

Das BAFU hat am DD.MM.20YY im Rahmen der Anhörung gemäss Artikel 42c Absatz 3 der Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV, SR 814.201) / Artikel 41g Absatz 2 Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV, SR 814.201) / Artikel 9c Absatz 2 Verordnung vom 24. November 1993 zum Bundesgesetz über die Fischerei (VBGF, SR 923.01) zum Projekt Stellung genommen.

Der Kanton KT / Das Bundesamt für Energie (BFE) hat über das Sanierungsprojekt mit Verfügung vom DD.MM.20YY entschieden. Die notwendigen Bewilligungen gemäss Anhang 3 Ziffer 1.1 Buchstabe h EnV liegen vor.

Am DD.MM.20YY hat die Gesuchstellerin beim Kanton KT / BFE das Gesuch um Erstattung der anrechenbaren Kosten eingereicht.

Am DD.MM.20YY hat der Kanton KT / das BFE das Gesuch mit seiner Stellungnahme dem BAFU weitergeleitet.

Gemäss Artikel 30 EnV beurteilt das BAFU das Gesuch, stimmt seine Beurteilung mit der kantonalen Behörde ab und sichert nach Anhörung der Gesuchstellerin die voraussichtliche Höhe der Entschädigung dem Inhaber der Wasserkraftanlage zu.

II. zieht in Erwägung:

1 Gesetzliche Grundlagen

Gemäss Artikel 34 EnG werden Inhabern von bestehenden Wasserkraftwerken die vollständigen Kosten für die Massnahmen nach Artikel 10 BGF / Artikel 83a GSchG / Artikel 83a GSchG erstattet.

Artikel 10 i.V.m. Artikel 9 Absatz 1 BGF verlangt Massnahmen zum Schutz der Lebensräume der Wassertiere, unter anderem zur Sicherstellung der freien Fischwanderung.

Artikel 83a GSchG verpflichtet die Inhaber bestehender Wasserkraftwerke, bis Ende des Jahres 2030 die nach Artikel 39a GSchG notwendigen baulichen Massnahmen zur Sanierung von wesentlichen Beeinträchtigungen der einheimischen Tiere und Pflanzen sowie deren Lebensräume durch Schwall und Sunk zu treffen. Auf Antrag des Kraftwerksinhabers können anstelle von baulichen betriebliche Massnahmen getroffen werden. Die Massnahmen richten sich nach dem Grad der Beeinträchtigung und dem ökologischen Potenzial des Gewässers, der Verhältnismässigkeit des Aufwandes, den Interessen des Hochwasserschutzes und den energiepolitischen Zielen zur Förderung erneuerbarer Energien. Sie sind im Einzugsgebiet des betroffenen Gewässers aufeinander und auf andere Massnahmen abzustimmen.

Artikel 83a GSchG verpflichtet die Inhaber bestehender Wasserkraftwerke, bis Ende des Jahres 2030 die nach Artikel 43a GSchG notwendigen Massnahmen zur Sanierung von wesentlichen Beeinträchtigungen der einheimischen Tiere und Pflanzen sowie deren Lebensräume, des Grundwasserhaushalts und des Hochwasserschutzes durch einen veränderten Geschiebehaut zu treffen. Die Massnahmen richten sich nach dem Grad der Beeinträchtigung und dem ökologischen Potenzial des Gewässers, der Verhältnismässigkeit des Aufwandes, den Interessen des Hochwasserschutzes und den energiepolitischen Zielen zur Förderung erneuerbarer Energien. Sie sind im Einzugsgebiet des betroffenen Gewässers aufeinander und auf andere Massnahmen abzustimmen.

Die Entschädigung von Erlöseinbussen wegen Energieminderproduktion oder zeitlicher Verschiebungen der Energieproduktion infolge betrieblicher Auswirkungen der Sanierungsmassnahmen richtet

Kommentiert [PMB4]: Wenn der Kraftwerksinhaber anlässlich rechtlichen Gehör mit unserem Entscheid nicht einverstanden ist:

-Aufführen wann rechtl. Gehör gewährt, wann das KW seine Stellungnahme dazu geschickt hat und inhaltlich auf die Einwände des KW eingehen und begründen warum wir bei unserem Entscheid bleiben resp. ob und wie wir unseren Entscheid angepasst haben!

Kommentiert [PMUB5]: Bei Ablehnung Gesuch durch BAFU und Kanton muss der Betreiber mit eingeschriebenem Brief angehört werden (nicht mit Mail). Ist gem. WES wichtig, wenn es später zum Gerichtsfall wird....

Kommentiert [PFM6]: Der Inhalt und Aufbau von II entspricht in weiteren Teilen was wir bislang im Antrag BAFU an Swissgrid geschrieben haben => vgl. dazu die „alten“ Vorlagen [YYMMDD SanF Massnahmen Artikel 10 BGF - Antrag Swissgrid über Gewährung und voraussichtliche Höhe Entschädigung - Vorlage D](#) [YYMMDD SanS/SanG Massnahmen Artikel 83a GSchG - Antrag Swissgrid über Gewährung und voraussichtliche Höhe Entschädigung - Vorlage D](#)

Der Grund, dass wir das so machen ist die Nachvollziehbarkeit für die Entscheide (d.h. das was wir unter III tatsächlich verfügen.

sich nach der Verordnung des UVEK über die Berechnung der anrechenbaren Kosten von betrieblichen Sanierungsmassnahmen bei Wasserkraftwerken vom 11. März 2016 (VKSWk, SR 730.014.1). Art. 3 und Art. 4 VKSWk legen die Berechnungsmodalitäten fest.

Das Gesuch um Entschädigung ist beim Kanton einzureichen (Artikel 28 Absatz 1 EnV). Erst nach der Zusicherung der Entschädigung in der voraussichtlichen Höhe gemäss Artikel 30 Absatz 2 EnV oder einer Bewilligung zum vorzeitigen Beginn durch das BAFU dürfen mit dem Bau der Massnahmen begonnen und grössere Anschaffungen getätigt werden (Artikel 26 des Bundesgesetzes vom 5. Oktober 1990 über Finanzhilfen und Abgeltungen [Subventionsgesetz, SuG, SR 616.1]).

Wesentliche oder zu Mehrkosten führende Projektänderungen bedürfen gemäss Artikel 27 SuG der vorgängigen Genehmigung des BAFU. Der Inhaber meldet der kantonalen Behörde die vorgesehenen Änderungen. Diese leitet die Meldung mit ihrer Stellungnahme an das BAFU weiter. Für eine abschliessende, allenfalls notwendige Erteilung bzw. Anpassung der kantonalen Bewilligungen (insb. Baubewilligung) bleibt die kantonale Behörde zuständig.

Anhang 3 Ziffer 3 EnV enthält eine nicht abschliessende Auflistung von anrechenbaren und nicht anrechenbaren Kosten. Anrechenbar sind nur Kosten, die tatsächlich entstanden sind und unmittelbar für die wirtschaftliche und zweckmässige Ausführung der Massnahmen nach Artikel 10 i.V.m. Artikel 9 Absatz 1 BGF / 83a i.V.m. Artikel 39a GSchG / 83a i.V.m. Artikel 43a GSchG erforderlich sind.

2 Anforderungen an das Gesuch

Das Gesuch hat alle Angaben zu enthalten, die für die Beurteilung der Erfüllung der Anforderungen nach Artikel 10 BGF / Artikel 39a GSchG / Artikel 43a GSchG oder der Wirtschaftlichkeit der Massnahmen notwendig sind. Insbesondere sind die Angaben gemäss Artikel 28 Absatz 3 i.V.m. Anhang 3 Ziffer 1 EnV zwingend.

Bei Gesuchen, welche die Entschädigung von Erlöseinbussen beinhalten, sind die Anforderungen an das Gesuch in Artikel 5 Absatz 1 VKSWk geregelt.

3 Beurteilung

3.1 Vollständigkeit des Gesuchs

Beschreiben, ob alle Anforderungen an das Gesuch eingehalten sind.

3.2 Anforderungen nach Artikel 10 BGF / Artikel 83a GSchG / Artikel 83a GSchG

- Beschreiben, ob es ein bestehendes Wasserkraftwerk im Sinne von Art. 83a GSchG ist und ob es nicht erweitert / wieder instand gestellt wird.
- Beurteilung, ob die Sanierungsmassnahmen den Anforderungen nach Artikel 9 Absatz 1 BGF genügen, insbesondere ob sie nötig sind und inwiefern der Zustand verbessert wird, ob die Massnahmen unter Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten und allfälliger anderer Interessen verhältnismässig erscheinen, ob die Massnahmen dem Stand der Technik entsprechen etc.
- Beurteilung, ob die Sanierungsmassnahmen den Anforderungen nach Artikel 39a GSchG / Artikel 43a GSchG genügen, ob sie nötig sind und insbesondere inwiefern der Zustand verbessert wird, ob es verhältnismässig scheint, ob die Kriterien von Artikel 39a Absatz 2 GSchG / Artikel 43a Absatz 2 GSchG plausibel angewendet wurden.
- Beurteilung, ob die Massnahmen im Einzugsgebiet abgestimmt wurden.

3.3 Anforderungen nach Artikel 5 Absatz 1 VKSWk

Beurteilen ob das Gesuch um Entschädigung der Erlöseinbussen den Anforderungen der Departementsverordnung VKSWk genügt.

3.4 Wirtschaftlichkeit der Massnahmen

Beurteilung, ob die Massnahmen wirtschaftlich sind. Material welches lediglich über eine begrenzte Zeitspanne verwendet wird, z.B. VAKI-Counter für Wirkungskontrollen werden nicht zum Kaufpreis

Kommentiert [PMUB7]: Nur wenn im Gesuch Erlöseinbussen vorkommen.
Sonst irrelevant und löschen.

Kommentiert [PMUB8]: Nur wenn im Gesuch Erlöseinbussen vorkommen.
Sonst irrelevant und löschen

Kommentiert [PMUB9]: Nur wenn im Gesuch Erlöseinbussen vorkommen.
Sonst irrelevant und löschen

entschädigt. Es können lediglich die Mietkosten des Materials für die Einsatzdauer entschädigt werden. Alternativ dazu ist das Material wiederzuverwenden oder weiterzuverkaufen.

Die Leistungen für die ökologische Sanierung der Wasserkraft unterliegen dem öffentlichen Beschaffungsrecht. Die Gesuchstellerin sorgt dafür, dass für die kommenden Schritte im Rahmen der dem öffentlichen Beschaffungsrecht entsprechenden Vergabeverfahren die Arbeiten an die wirtschaftlich günstigsten Unternehmen vergeben werden. Für das Auszahlungs-gesuch ist das Vergabeverfahren zum Nachweis der Wirtschaftlichkeit angemessen zu dokumentieren.

3.5 Beginn und Ende der Umsetzung der Massnahmen

Beschreiben, ob das Gesuch vor Beginn der Arbeiten eingereicht wurde. Mit dem Beginn der Arbeiten darf nicht vor Zusicherung der Entschädigung in der voraussichtlichen Höhe oder einer Bewilligung zum vorzeitigen Beginn begonnen und grössere Anschaffungen getätigt werden.

Geplanten Baubeginn nennen. Die Umsetzung der Massnahmen hat innert 5 Jahren nach Baubeginn zu erfolgen. Geplanten Endtermin der Umsetzung der Massnahmen nennen.

Der Baubeginn und Verzögerungen sind der zuständigen Stelle des Kantons KT und dem BAFU unverzüglich zu melden.

3.6 Voraussichtliche anrechenbare Kosten der Massnahmen

Hier Text betreffend die Beurteilung, welche geltend gemachten Kosten gemäss den Kriterien von Anhang 3 Ziffer 3 EnV anrechenbar und deshalb voraussichtlich entschädigt werden können.

Für die verschiedenen Kostenarten ergibt die Beurteilung der voraussichtlich anrechenbaren Kosten folgendes Ergebnis:

- für die Projektierung der Massnahme: CHF 0.00 inkl./exkl. MWST
- für einmalige Investitionen zur Umsetzung der Massnahme: CHF 0.00 inkl. MWST
- für Erlöseinbussen während der Bauphase CHF 0.00 exkl. MWST
- für die jährlichen Erlöseinbussen infolge betrieblicher Auswirkungen: CHF 0.00 exkl. MWST
während 40 Jahren ab dem Beginn der Massnahmenumsetzung
- für wiederkehrende Massnahmen: (hier Kosten pro Realisierung der wiederkehrenden Massnahme – z.B. Kiesschüttung – angeben und Angabe welcher Rhythmus und wie oft in 40 Jahren (z.B. 2. Jährlich => 20 mal in 40 Jahren) CHF 0.00 inkl. MWST
während 40 Jahren ab dem Beginn der Massnahmenumsetzung
- für die Wirkungskontrolle: CHF 0.00 inkl. MWST

Damit ergeben sich anrechenbare voraussichtliche Gesamtkosten von CHF [xy] inkl. MWST

Falls Teilzahlungen vorgesehen sind, ebenfalls nennen und begründen, dass es sich um aufwändige Massnahmen und um abgeschlossene Teile der Massnahmen i.S.v. Art. 33 Absatz 1 EnV handelt und damit die Voraussetzung für Teilzahlungen erfüllt sind.

Zeitlich fallen die Kosten voraussichtlich folgendermassen an:

Als Beispiel der Fall einer baulichen Massnahme, die während 2018-2020 umgesetzt wird und für welche Teilrechnungen beantragt werden:

Voraussichtlich anrechenbare Kosten [CHF inkl. MWST]:

2018	2019	2020	2021	2023
250'000	743'000	553'000	178'000	47'000
	(Teilzahlung 400'000 per 30.6		(Schlusszahlung)	(Wirkungskontrolle)

Kommentiert [PFM10]: als Synthese der Beurteilung eine Darstellung der anrechenbaren Kosten nach folgender Struktur (Aufstellung nach Kostenarten)

Kommentiert [PFM11]: In der ganzen Tabelle jeweils prüfen und angeben ob MWST anrechenbar oder nicht

Kommentiert [PMB12]: Wenn Investitionssumme > 5 / 10 Millionen: im Abschnitt III. 4. eine Auflage ergänzen, dass ein laufendes Kostenreporting zu erfolgen hat,

Unsere Erwartungen an das laufende Kostencontrolling ist eine ¼-jährliche Berichterstattung zu folgenden Elementen:

- Status Projektfortschritt
- die aufgelaufenen Kosten / - aktuelle Kostenentwicklung (IST)
- Vergleich mit geplanten/zugesicherten Kosten (SOLL)
- Meldung von aufgetretenen Mehrkosten
- Meldung von weiteren absehbaren/voraussichtlichen Mehrkosten inkl. Risikobeurteilung (-> Genehmigung)
- Endkostenprognose
- Meldung von Projektänderungen/anpassungen (-> Genehmigung)

Meldung zum weiteren Zeitplan

Wenn > 20 Mio, dann soll dieses Reporting durch eine externe Instanz (d.h. nicht das Kraftwerk selbst) erfolgen, wenn < 20 Mio, dann kann das Reporting durch KW selbst erfolgen

Kommentiert [PMUB13]: Wird bei einem KW eine wiederkehrende Sanierungsmassnahme durchgeführt, wird 40 Jahre lang entschädigt (Bsp. Erlöseinbussen infolge Dotation FAH); nun kann es sein, dass das Konzessionsende in diese 40 Jahre fällt; Dann ist es offen, was bei Konzessionserneuerung passiert, z.B. wird es in einigen Fällen so sein, dass infolge Heimfall der Konzessionär wechselt => bei solchen Fällen müssen wir diesem Umstand bei den Zusicherungsverfügungen Rechnung tragen

Kommentiert [PFM14]: Hier die Gesamtsumme über 40 Jahre angeben

Kommentiert [PFM15]: In Tabellenform die voraussichtlich anrechenbaren Kosten auf der „Zeitachse“ (d.h. Betrag und Jahr) angeben.

Diese Angaben (Betrag und Datum) der Kosten brauchen wir für unsere Liquiditätsplanung;

Im Teil iii (die eigentliche Verfügung) geben wir nur die Beträge an, aber nicht die Jahresangaben, weil es sehr oft zu Abweichungen beim Datum der effektiven Rechnungsstellung im Vergleich zur geplanten Rechnungsstellung kommt => wir können

Für die Liquiditätsplanung benötigen wir aber einen „beste Schätzung“, wann die Kosten anfallen => deswegen im Abschnitt ii Betrag und Datum

Kommentiert [PFM16]: Falls für einzelne Jahre zwei Teilzahlungen pro Jahr beantragt werden – was möglich ist – soll das in der Tabelle angegeben werden.

	sowie 343'000 per 30.11)			
--	-----------------------------	--	--	--

Als Beispiel für den Fall einer betriebliche Massnahme mit jährlich wiederkehrenden Kosten ab 2018 von voraussichtlich CHF 45'000 plus einmalige Planungskosten von 100'000 zu Beginn und Kosten Wirkungskontrolle in den Jahren 2020 und 2021 von je 30'000

Voraussichtlich anrechenbare Kosten [CHF inkl. MWST.]

2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	...		2018+40
145'000	45'000	75'000	75'000	45'000	45'000	45'000	45'000	45'000	45'000

3.7 Definitive Höhe der Entschädigung

Die definitive Höhe der Entschädigung wird nach Einreichen der Kostenzusammenstellung nach Umsetzung **der Massnahmen resp. eines abgeschlossenen Teils der Massnahmen** ermittelt.

Die anrechenbaren Kosten richten sich nach Anhang 3 Ziffer 3 EnV. Nach der Überprüfung der Kosten durch die kantonale Behörde und das BAFU, teilt das BAFU dem Gesuchsteller mit einer Verfügung die definitive Höhe der Entschädigung mit (Artikel 32 Absatz 5 EnV).

Erlöseinbussen

3.8 Auszahlung

Die Entschädigung wird aus dem Zuschlag auf die Übertragungskosten der Hochspannungsnetze finanziert (Artikel 35 EnG) und aus dem Fonds gemäss Artikel 37 EnG ausbezahlt.

Übersteigen die eingereichten Gesuche die verfügbaren Mittel, so erstellt das BAFU einen Auszahlungsplan (Artikel 31 Absatz 1 EnV). Für die Reihenfolge der Auszahlungen ist der Zeitpunkt der Einreichung des vollständigen Gesuchs bei der kantonalen Behörde massgebend (Artikel 31 Absatz 2 EnV). Sollten die verfügbaren Mittel nach Umsetzung der Massnahmen nicht ausreichen, so würden die Entschädigungen zu einem späteren Zeitpunkt ausbezahlt.

3.9 Weitere Vorgaben

Die Verfügung für die Entschädigung ist nur gültig, sofern die Gesuchstellerin im Besitz aller erforderlichen Bewilligungen ist und die Auflagen erfüllt.

3.10 Rückerstattungspflicht

Eine Rückforderung oder ein Widerruf im Sinne von Artikel 28 bis 30 SuG bleiben vorbehalten (vgl. Artikel 32 Absatz 6 EnV).

III. **verfügt nach Anhörung der Gesuchstellerin:**

- Der Gesuchstellerin sind gestützt auf Artikel 34 EnG die anrechenbaren Kosten der Massnahmen beim Kraftwerk XY in der voraussichtlichen Höhe von **CHF 000'000 (inkl. MWST)** zu entschädigen.
- Die definitive Höhe der Entschädigung wird nach Einreichung der Kostenzusammenstellung nach Umsetzung der Massnahmen / eines abgeschlossenen Teils der Massnahmen ermittelt.
- Die Gesuchstellerin kann nach Umsetzung abgeschlossener Teile der Massnahmen die Zusammenstellung der bereits entstandenen Kosten einreichen und um Auszahlung ersuchen. Folgende **Teilzahlungen sind vorgesehen:**
 - **CHF 000'000 inkl. MWST** nach dem 1. Umsetzungsschritt
 - **CHF 000'000 inkl. MWST** nach dem 2. Umsetzungsschritt
 - ...
- Entschädigung der jährlichen Erlöseinbussen**
- Auflagen und Bedingungen:

Kommentiert [PMUB17]: Kommen jährliche Erlöseinbussen in der Betriebsphase vor, dann hier noch einen Passus hinein, wie die def. Erlöseinbussen jährlich im Nachhinein gemäss VKSWK ermittelt werden

Kommentiert [PMUB18]:
Konkretes Beispiel für eine Zusicherung von jährlichen Erlöseinbussen:
[Verfügung Zusicherung Entschädigung SanWK nach Art. 30 Abs. 2 EnV KW Obermatt BL005 SanF.docx](#)

Kommentiert [PMUB19]: Kommen jährliche Erlöseinbussen vor, dann fehlt noch ein Passus der die Entschädigung der Erlöseinbussen regelt: die Parameter des Berechnungsmodelle, die jährlichen Zahlungsmodalitäten (alle 5 Jahre) etc.

Kommentiert [PMUB20]: Nicht mehr als 2 pro Jahr und kumuliert nie mehr als 80% der Gesamtsumme

Kommentiert [PFM21]: Nur falls um Teilzahlungen angesucht wurde und BAFU-Beurteilung ok

Kommentiert [PFM22]: Im Beschlussdispo keine fixen „Zeitstempel“

Kommentiert [PMUB23]: Falls solche vorkommen, sonst streichen.
«Gutes Beispiel für so einen Fall in [Scan Auszahlungsverfügung EBL.pdf](#)
Unter III / 4.

- a. Mit der Umsetzung der Massnahmen muss bis spätestens 5 Jahre nach der Eröffnung dieser Verfügung begonnen werden. Bauliche Massnahmen sind nach Baubeginn innert 5 Jahren umzusetzen. Verlängerungen dieser Fristen können nur in begründeten Fällen auf Basis eines schriftlichen Antrags der Gesuchstellerin gewährt werden.
- b. Die Gesuchstellerin meldet **der zuständigen Stelle des Kantons KT** und dem BAFU den Beginn der Massnahmenumsetzung und allfällige Verzögerungen während der Umsetzung unverzüglich.
- c. Wesentliche oder zu Mehrkosten führende Projektänderungen bedürfen der vorgängigen Genehmigung des BAFU. Die Gesuchstellerin meldet **der zuständigen Stelle des Kantons KT** die vorgesehenen Änderungen resp. sich abzeichnende Mehrkosten. Diese leitet sie mit einer Stellungnahme an das BAFU weiter.
- d. Damit der Bund die Auswirkungen der Sanierungsmassnahmen prüfen und die Öffentlichkeit informieren kann (Artikel 50 GSchG), sind die Daten, die im Rahmen der Wirkungskontrolle erhoben werden, dem BAFU während 10 Jahren auf Verlangen zur Verfügung zu stellen.
- e. Auf Verlangen des BAFU macht die Gesuchstellerin die durch die entschädigten Leistungen erhobenen Daten, erstellten Modelle, weitere Grundlagen und Berichte dem BAFU zugänglich. Soweit keine Betriebsgeheimnisse berührt sind, dürfen sie weitergegeben werden.

Kommentiert [PMUB24]: Prüfen, ob bei Gesuchen für Projektierungen ein solcher Passus sinnvoll ist

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Verfügung kann beim Bundesverwaltungsgericht, Postfach, CH-9023 St.Gallen, Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist innerhalb von 30 Tagen nach Eröffnung der Verfügung einzureichen; Die Frist beginnt am Tag nach der Eröffnung der Verfügung zu laufen.

Die Beschwerdeschrift ist im Doppel einzureichen. Sie hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift der Beschwerdeführerin bzw. des Beschwerdeführers oder seiner Vertreterin bzw. seines Vertreters zu enthalten. Die angefochtene Verfügung und die als Beweismittel angerufenen Urkunden sind der Beschwerde beizulegen, soweit der Beschwerdeführer bzw. die Beschwerdeführerin sie in Händen hält.

Zu eröffnen mit Einschreiben:

- St.Gallisch-Appenzellische Kraftwerke AG, Vadianstrasse 50, Postfach 2041, 9001 St.Gallen

Kommentiert [BMA25]: falls auch weitere Unterlieger betroffen, dann diesen „Beigeladenen“ (siehe erste Seite bei Adressat der Verfügung) gleichzeitig wie dem Hauptadressat zustellen

Kopie:

- Zuständige kantonale Behörde, Adresse, 0000 Ort
- Bundesamt für Energie (BFE), Sektion Wasserkraft, 3003 Bern (nur Grenzkraftwerke oder > 10 MW)
- Bei Grenzkraftwerken an zuständige ausländische Behörde
- Intern: Betroffene (Sachbearbeiter, Kantonsverantwortliche, Fachbereichsverantwortliche, ANK im Fall von SanF-Projekten, falls externes Büro involviert an Johannes Abegg von Flussbau)

Kommentiert [PFM26]: Nicht an EY, MUS, SCF, CHM)